th

PFALZBOTE

Analyse (journalistische Abschlussarbeit)

Raum und Kriminalität: Städtebauliche Kriminalprävention in Ludwigshafen

Urbaner Raum ist nie neutral: Seine Gestaltung fungiert als stilles und doch machtvolles Instrument sozialer Steuerung. Im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheitsbedürfnis avanciert Architektur zur Mittlerin, die Kriminalität nicht nur begünstigen, sondern auch verhindern kann. Die sich seit 1993 in Deutschland etablierende städtebauliche Kriminalprävention soll auf kommunaler Ebene Tatgelegenheiten und Kriminalitätsrisiken vermindern, sowie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung und die soziale Kontrolle erhöhen. Auf Spurensuche in drei Ludwigshafener Quartieren.

von Timo Heidl (12.12.2020)

Ihre Ursprünge reichen bis in das Jahr 1925 zurück, als der kanadische Soziologe Ernest Burgess sein Chicagoer Zonenmodell entwarf. Darin unterteilte er das sich vom Stadtzentrum kreisförmig ausdehnende Stadtwachstum in fünf Zonen mit unterschiedlicher Nutzung. Zuwanderer bezogen die zentrumsnahen, industriell geprägten aber maroden Wohngebiete, während der Sozialstatus der Bevölkerung bis zum Stadtrand zunahm.

Die Kriminalsoziologen Clifford Shaw und Henry McKay untersuchten 1929 darauf die Chicagoer Wohnsitze von 60.000 polizeibekannten, männlichen Jugendlichen und folgerten aus den Ergebnissen einen Zusammenhang zwischen Raum und Kriminalität. Stadtbezirke mit hoher Kriminalität kennzeichneten sich durch verwahrloste Gebäude, einer einkommensschwachen Überbevölkerung, einer hohen Bevölkerungsmobilität mit dadurch bedingtem Rückgang informeller sozialer Kontrolle und geringen Freizeitangeboten. Diese Faktoren nahmen in ihrer Theorie der sozialen Desorganisation Einfluss auf die räumliche Verteilung kriminellen Verhaltens, da sie die Täterpersönlichkeit beeinflussten und Tatgelegenheiten begünstigten. Auf diesen Erkenntnissen basiert die von James Q. Wilson und George L. Kelling entwickelte Broken-Windows-Theorie von 1982, die einen direkten Zusammenhang zwischen Unordnung und Kriminalität herstellte. Unordnung meint den physischen Verfall (Infrastruktur) und den sozialen Verfall (Devianz). Das erste und nicht umgehend behobene

Anzeichen eines physischen Verfalls (zerbrochenes Fenster), führt zu weiteren Zerstörungen und mit dem einhergehenden Verfall des Wohngebietes, zu einem niedrigen subjektiven Sicherheitsempfinden der sich nun aus dem öffentlichen Raum zurückziehenden gesetzestreuen Bewohner. Soziale Netzwerke und informelle soziale Kontrolle schwinden, Bagatelldelikte nehmen zu und gründen in schwerer Kriminalität. Bereits 1972 veröffentlichte der US-amerikanische Architekt Oscar Newman seine Defensible-Space Theorie, mit der sich durch die Gestaltung von Bauwerk und Wohnumfeld ein wehrhafter Sozialraum schaffen lässt. Voran gingen seine Beobachtungen in New Yorker Hochhäusern, die die Bewohner von innen heraus zerstörten. Newman untersuchte darauf die Kriminalitätsbelastung in Hochhäusern und Mehrfamilienhäusern und bemerkte, dass Hochhäuser mit mehr als fünf Stockwerken eine höhere Kriminalitätsbelastung aufwiesen als kleinere Mehrfamilienhäuser. Vandalismus und Straftaten (80 Prozent Raubüberfälle) konzentrierten sich dabei auf den Gebäudeeingang und auf Innenräume wie Treppenhäuser, Flure oder Fahrstühle. Die Anonymität reduzierte den Einfluss informeller sozialer Kontrolle. Newmans Theorien für eine kriminalabwehrende Architektur fanden in den USA ihre praktische Fortführung in der CPTED (Crime Prevention Through Environmental Design) des Kriminologen C. Ray Jeffrey, die in Deutschland als europäischen Norm CEN/TC 325 auch im Baugesetzbuch (§ 1 Abs. 6 Nr. 1) vermerkt ist. Durch Art. 28 Abs. 2 GG besitzen Gemeinden in Deutschland allerdings eine Selbstbestimmung bei der Stadtgestaltung und somit obliegt ihnen die Bauleitplanung. Dadurch gibt es in Deutschland keine einheitliche kriminalpräventive Stadtgestaltung, aber von den Landeskriminalämtern und Innenministerien erarbeitete Konzepte für die kommunale planerische Praxis.

Die sogenannte vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung durch Gebäude-, Anlagen- und städtebauliche Planung beinhaltet städtebauliche Vorschläge (CPTED-Leitlinien), um Kriminalitätsrisiken durch unzureichende Beleuchtung, unübersichtliche Nischen, illegale Abfallentsorgung, isolierte Parkplätze und Nutzung von Plätzen durch Personen mit deviantem Verhalten zu minimieren. Eine übersichtliche Architektur soll Tatgelegenheiten durch eine informelle sowie formelle soziale Kontrolle erschweren und subjektives Sicherheitsempfinden erhöhen. „Ein attraktives Wohnumfeld stärkt das soziale Miteinander und führt zur Identifikation mit dem Raum. Hierfür versucht die Polizei nicht nur Bürger und Stadtplaner zu sensibilisieren, sondern kooperiert auch mit Architekten und Handwerkern. Eine stärkere Einbindung der Polizei führt zu einer höheren Tataufklärung“, erläutert Michael von Focht, Polizeihauptkommissar vom Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz.

Städtebauliche Kriminalprävention befasst sich in Deutschland neben der Gestaltung von öffentlichen Räumen und Neubaugebieten auch mit der Umgestaltung bereits bestehenden Wohnraums, etwa von Hochhaussiedlungen aus den 1960er und 1970er Jahren. Seit 1999 unterstützt der Bund mit dem städtebaulichen Förderprogramm Soziale Stadt wirtschaftlich, baulich und sozial benachteiligte Stadt- und Ortsteile, welches in Ludwigshafen die Neugestaltung von fünf Stadtvierteln ermöglicht. Die zuständige Bauleitplanung in Ludwigshafen kann für die kriminalpräventiven Aspekte das vom Landeskriminalamt RLP erarbeitete Konzept Städtebau und Kriminalprävention nutzen, dessen Inhalte seit 2005 in Seminaren für die Leitungen von Polizei- und Kriminalinspektionen angeboten werden. Umfragen zum subjektiven Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung sind, neben den pro 1.000 Einwohner in Relation gesetzten Straftaten aus der Kriminalstatistik, mit ein Indikator bei der kriminalpräventiven Stadtplanung, wofür der Rat für Kriminalitätsverhütung und die Zentrale Prävention Ludwigshafen beratend tätig sind.

Die Praxis städtebaulicher Kriminalprävention in Ludwigshafen

Obwohl die Modernisierungen der beiden gegenüberliegenden und denkmalgeschützten Ludwigshafener Untersuchungsgebiete Hohenzollernhöfe (Baujahr 1923, Modernisierung 2008 bis 2015 als Quartiersprojekt) und Ebertsiedlung (Baujahr 1927, Modernisierung 2003 bis 2011) vorwiegend aus demografischen und energetischen Gründen erfolgten, veranschaulichen sie städtebauliche Kriminalprävention in unterschiedlicher Bemessung. Das dritte Untersuchungsgebiet in der Bayreuther-Straße (Baujahr 1957) prägt indes physischen Verfall. Eine bereits 2001 durchgeführte Bürgerumfrage (Bezirk 1412) ergab dort ein „sehr niedriges“ subjektives Sicherheitsempfinden.

Abbildungen 1 bis 6: Die Gebäudeeingänge der Hohenzollernhöfe (HH)**, der Ebertsiedlung** (ES) **und der Bayreuther Straße** (BS)

1

3

5

2	4	6

Der dauerhaft beleuchtete, geräumige, aufgeräumte und barrierefreie Haupteingang der HH (Bild 1) ist wie der Haupteingang der ES (Bild 3) durch transparente Scheiben beidseitig einsehbar. Die in symbolischem rot lackierten Eingänge im Innenhof der HH (Bild 2) sind im Gegensatz zu den Eingängen in der ES (Bild 4) auch nachts beleuchtet. Beide Wohnsiedlungen verfügen über punktuelle Videoüberwachung zur formellen sozialen Kontrolle und von außen belieferbare Briefkästen, um unbefugten Zutritt durch Klingeln zu erschweren. Die Tag und Nacht offen stehenden Eingänge in der BS (Bild 5/6) sind mit Graffiti verschmutzt, eine Beleuchtung gibt es nicht. Die Briefkästen befinden sich im Gebäudeinneren.

Abbildungen 7 bis 12: Wege und Bepflanzung

7	9	11
8	10	12

In den HH dienen Hecken (Bild 7), Grenzmarkierungen und eine unterschiedliche Pflasterung (Bild 8) als sichtbare symbolische Barrieren. Die Sitzbänke vor den Eingängen stärken die informelle soziale Kontrolle. Die strategische Bepflanzung verhindert eine Verschleierung potenzieller Täter, der Raum bleibt durch den niedrigen Bewuchs überschaubar. Gepflegte Grünanlagen fördern die Identifikation der Bewohner mit ihrem Wohnumfeld. Die dichtere Bepflanzung der ES (Bild 9) bietet indes Versteckmöglichkeiten und schränkt die Übersicht der kurvigen Gehwege (Bild 10) ein. Der Innenhof der BS (Bild 11) ist wenig begrünt, die Wohnsiedlung umgibt ein Dickicht (Bild 12). Grenzmarkierungen und unterschiedliche Pflasterung fehlen.

Abbildungen 13 bis 18: **Wege und Beleuchtung bei Nacht**

13

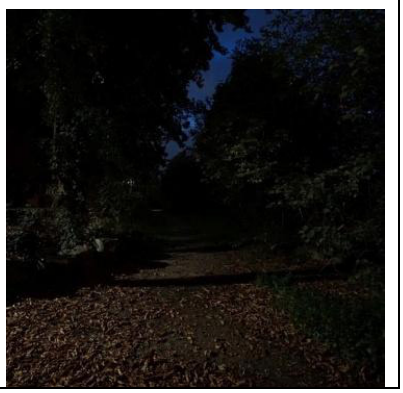
15

17

14

16

18



Die gen Boden gerichtete Außenbeleuchtung in den HH (Bild 13 und 14) verhindert auf den Gehwegen dunkle Nischen. Dadurch werden starke Hell- und Dunkelkontraste vermieden, was die Wahrnehmung bei Nacht erhöht. In der ES gibt es eine punktuelle Beleuchtung durch Straßenlaternen, aber auch unbeleuchtete Gehwege (Bild 15 und 16), die, wie die unbeleuchteten Gehwege in der BS (Bild 17 und 18), Verschleierung ermöglichen und Angsträume begünstigen.

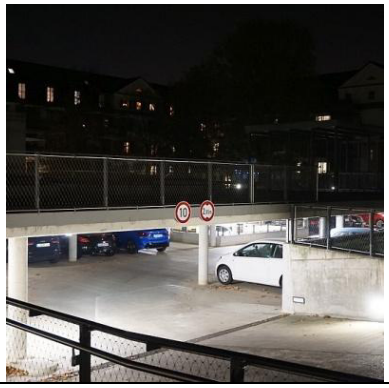
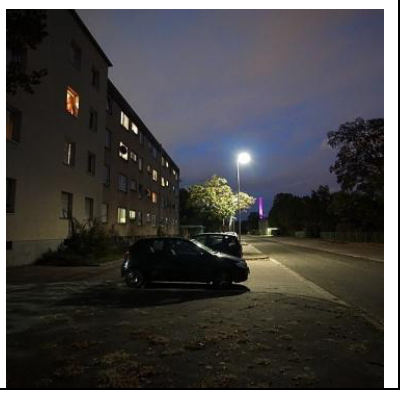
Abbildungen 19 bis 24: **Innenhöfe bei Nacht**

19	21	23
20	22	24

Die Beleuchtung der HH Innenhöfe (Bild 19 und 20) und die Fensteranordnung zu Straßen und Gehwegen ermöglichen in der Nacht informelle soziale Kontrolle und Überwachung. Viele der öffentlichen und weitläufigen Flächen des Wohnumfeldes der ES (Bild 21 und 22) sind unbeleuchtet, was die informelle soziale Kontrolle mindert und Angsträume begünstigt. In der BS (Bild 23) bedurfte es für die nächtliche Sicht auf den Raum (Bild 24) einer Langzeitbelichtung.

Abbildungen 25 bis 30: **Parkplätze bei Tag und Nacht**

25	27	29

26	28	30
		

In den HH definieren gekennzeichnete Fußgänger- und Fahrzeugrouten Nutzungsgrenzen und minimieren Konflikte. Parkplätze befinden sich im Innenhof in einer nachts hell ausgeleuchteten und beidseitig einsehbaren Tiefgarage (Bild 25 und 26), die Blickbeziehungen zu Wohnungen und Gehwegen ermöglichen. Die mit Straßenlaternen beleuchteten Parkplätze (Bild 27 und 28) in der ES befinden sich ebenfalls in Blickbeziehung und im Innenhof. Das ermöglicht nicht nur informelle soziale Kontrolle und Überwachung, sondern verhindert Angsträume. Eine einzige Straßenlaterne beleuchtet in der BS nachts die zur Straße gelegenen Parkplätze (Bild 28 und 29). Erst durch eine Langzeitbelichtung werden die Parkplätze in der Nacht sichtbarer.

Abbildungen 31 bis 36: **Müllstandorte bei Tag und Nacht**

31	33	35

32	34	36

Abschließbare und überdachte Müllstandorte in der HH (Bild 31) sowie eingezäunte Müllstandorte in der ES (Bild 33 und Bild 34) verhindern wildes Müllabkippen. Die überdachten Fahrradabstellplätze in der HH (Bild 32) befinden sich in Blickbeziehung zu Eingängen und Fenstern und erschweren durch die Beleuchtung auch nachts Tatgelegenheiten. Der Raum wirkt aufgeräumt und strukturiert. Überfüllte, im Innenhof beliebig verteilte Mülltonnen (Bild 35) und wildes Müllabkippen (Bild 36) in der BS.

Abbildungen 37 bis 42: **Weitere kriminalpräventive Aspekte in den Hohenzollernhöfen**

37	38	39
40	**41**	**42**

Offen gestaltete Treppenaufgänge zu der Tiefgarage (Bild 37) und Fahrstühle (Bild 38) ermöglichen Sicht- und Rufkontakt. Die Barrierefreiheit berücksichtigt den demografischen

Wandel. Altersgerechtes Wohnen (keine Umwege, geringe Höhenunterschiede, breite Gehwege und Türen, wenige Treppen, klar definierte Räume) beinhaltet zugleich kriminalpräventive Aspekte, zumal bereits die Anwesenheit älterer Menschen zu Tageszeiten kriminalpräventiv wirken kann. Videoüberwachung (Bild 39) an der Klingelanlage dient der Zugangskontrolle. Das offen gestaltete Geländer (Bild 40) grenzt den öffentlichen Raum von dem privaten Raum (Spielplatz) ab und verhindert zugleich Verschleierung. Sitzgelegenheiten (Bild 41) und Spielplätze sind eine Voraussetzung, damit sich Menschen begegnen und kennenlernen. Durch die Stärkung des sozialen Miteinanders reduziert sich die Fluktuation der Bewohner, Engagement für das Wohnumfeld und informelle soziale Kontrolle nehmen zu. Die an der Hauswand angebrachte Plakette (Bild 42) eines privaten Sicherheitsdienstes deklariert das Quartier als Kundenobjekt.

Lässt sich der Erfolg städtebaulicher Kriminalprävention messen?

Den 18.184 in Ludwigshafen registrierten Straftaten im Jahre 2014 stehen 16.117 Straftaten im Jahre 2019 gegenüber, ein Rückgang von 11,3 Prozent. Eigentumsdelikte wie Diebstähle aus Kraftfahrzeugen oder Wohnungen nahmen ab. Die Anzahl der im Kontext städtebaulicher Kriminalprävention bedeutsamen Wohnungseinbrüche erreichte im Jahr 2019 mit 150 Fällen den niedrigsten Stand seit 2014 und einen Rückgang von 27,8 Prozent zum Vorjahr mit noch 208 Fällen. 44,7 Prozent der Taten scheiterten beim Versuch.

„Für den Positivtrend zeigt sich nicht zwangsläufig die städtebauliche Kriminalprävention verantwortlich, denn das wird den Ermittlern nicht gerecht, die Straftaten aufklären und Kriminelle für eine lange Zeit ins Gefängnis bringen. Dort wo Straftaten zurückgehen, entstehen zudem Verdrängungseffekte von Kriminalität. Der Rückgang von Eigentumsdelikten in Ludwigshafen lässt sich zwar mit städtebaulicher Kriminalprävention begründen, durch die Verdrängungseffekte verlagert sich die Deliktart aber womöglich nur dorthin, wo ein Kriminalitätserfolg aussichtsreicher ist. Das gilt insbesondere für die Holkriminalität (Straftaten, die erst durch Ermittlungen oder Kontrollen bekannt werden) wie Rauschgiftdelikte“, erklärt Polizeihauptkommissar Michael von Focht. Dabei bleibt auch ungeklärt, ob mit Verdrängungseffekten eine Änderung krimineller Handlungsmuster (Tatzeit, Methoden, Opfer, Deliktart) einhergeht.

Die polizeiliche Kriminalstatistik erfasst zudem nur die registrierten Straftaten (Hellfeld) und nicht die tatsächliche Kriminalität (Dunkelfeld). Ein Anstieg oder Rückgang registrierter Fälle einer bestimmten Straftat ist außerdem vom Kontrollverhalten der Polizei und dem Anzeigeverhalten der Bevölkerung abhängig. „Die Veränderung von Straftaten kann zwar gemessen

werden, doch was genau einen Rückgang oder eine Zunahme bewirkt, kann nicht gesagt werden“, resümiert Michael von Focht.

Bereits eine 1980 vom Bundeskriminalamt in München und Regensburg durchgeführte empirische Studie konnte keinen Zusammenhang zwischen Wohnraumarchitektur und Kriminalität feststellen. Die Studie resümierte, dass nur ein „weitgefächerter Präventionsansatz dazu geeignet ist, prävenierbare Kriminalität wirksam zu verhüten und übertriebene Kriminalitätsfurcht abzubauen.“

Dennoch impliziert städtebauliche Kriminalprävention einen Zusammenhang zwischen Raum und Kriminalität, der Fremde unter einen Generalverdacht stellt, wohingegen gesellschaftliche Bedingungen, die deviantes Verhalten begünstigen, unberücksichtigt bleiben. Kritiker verweisen auf die Ausschließung sozialer Randgruppen (klassische Adressaten Sozialer Arbeit wie Obdachlose oder Drogenabhängige), gesteigertem Misstrauen gegenüber Fremden (mir selbst drohte ein Bewohner der Hohenzollernhöfe während des Fotografierens mit der Polizei) und auf die Gefahr sich abkapselnder Nachbarschaften nach sozialen, demografischen oder kulturellen Merkmalen. Die anhaftende feindliche Architektur begrenzt die Nutzung des Raums. Ob städtebauliche Kriminalprävention Kriminalität verhindert, scheint somit eine Frage der Perspektive. Ein Raum verursacht direkt keine Kriminalität, die städtische Raumgestaltung kann aber Tatgelegenheiten begünstigen oder verringern und die darin lebende Bevölkerung vielförmig beeinflussen.

Literaturverzeichnis:

Literaturquellen:

Rolfes, M. (2015): Kriminalität, Sicherheit und Raum. Humangeographische Perspektiven der Sicherheits- und Kriminalitätsforschung. Franz Steiner Verlag, Stuttgart.

Schwind, H.-D. (2013): Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen. 22. Aufl., Kriminalistik Verlag, Heidelberg.

Internetquellen:

Bundeskriminalamt (1980): BKA-Forschungsreihe. Wohnraumarchitektur und Kriminalität. WWW: https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/BkaForschungsreihe/2_13_WohnhausarchitekturUndKriminalitaet.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (14.11.2020)

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2020): Grundgesetzt für die Bundesrepublik Deutschland Art 28. WWW: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_28.html (07.10.2020)

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2020): Baugesetzbuch (BauGB) § 1 Aufgabe, Begriff und Grundsätze der Bauleitplanung. WWW: https://www.gesetze-im-internet.de/bbaug/__1.html (07.10.2020)

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020): Städtebauförderung. Soziale Stadt. WWW: https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/soziale_stadt_node.html (01.10.2020)

Bundeszentrale für politische Bildung (2007): Sicherheit durch präventive Stadtgestaltung. WWW: https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/75712/grundlagen (26.09.2020)

European Committee for Standardization (2005): Technical Bodies. CEN/TS 14383-3:2005. WWW: https://standards.cen.eu/dyn/www/f?p=204:110:0::::FSP_PROJECT:15464&cs=1FBE0247FC490580C208E0DA7CB1B4DFD (25.09.2020)

GAG Ludwigshafen (2011): Wie aus Vergangenheit Zukunft wird. WWW: https://www.gag-ludwigshafen.de/unternehmen/allgemeine-projekte/baudenkmal/ (01.11.2020)

Guardian, The (2018): Hostile architecture: an uncomfortable urban art – in pictures. WWW: https://www.theguardian.com/cities/gallery/2018/aug/21/hostile-architecture-an-uncomfortable-urban-art-in-pictures (14.11.2020)

Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz (2003): Städtebau und Kriminalprävention. Eine Broschüre für die planerische Praxis. WWW: https://www.pd-h.polizei-nds.de/download/72106/Staedtebau_und_Kriminalpraevention.pdf (01.10.2020)

Ludwigshafen, Stadt am Rhein (2020): Förderprogramme. Sozialer Zusammenhalt. WWW: https://www.ludwigshafen.de/nachhaltig/foerderprogramme/sozialer-zusammenhalt (02.10.2020)

Ludwigshafen, Stadt am Rhein (2020): Politik. Rat für Kriminalitätsverhütung. WWW: https://www.ludwigshafen.de/buergernah/politik/rat-fuer-kriminalitaetsverhuetung (02.10.2020)

Ludwigshafen, Stadt am Rhein (2017): Stadtentwicklung. Nachhaltigkeitsbericht. WWW: https://www.ludwigshafen.de/fileadmin/Websites/Stadt_Ludwigshafen/Nachhaltig/Stadtentwicklung/Nachhaltigkeitsbericht_final_26_04_2017_v06.pdf

Ludwigshafen, Stadt am Rhein (2002): Stadtentwicklung. Sicherheitsempfinden in der Stadt Ludwigshafen. WWW: https://www.ludwigshafen.de/fileadmin/Websites/Stadt_Ludwigshafen/Nachhaltig/Stadtentwicklung/Veroeffentlichungen/PDF/veroeffentlichungen_14.pdf (12.10.2020)

Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz (2019): Städtebau kann Sicherheitsgefühl positiv beeinflussen. WWW: https://mdi.rlp.de/de/service/pressemitteilungen/detail/news/detail/News/staedtebau-kann-sicherheitsgefuehl-positiv-beeinflussen (25.09.2020)

Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz (2020): Begriffe. WWW: https://ris.rlp.de/de/service/begriffe (04.10.2020)

Nationale Stadtentwicklungspolitik (2018): Prima Klima in den Hohenzollern-Höfen: Allen gerecht und energiebewusst leben! WWW: https://www.nationalestadtentwicklungspolitik.de/NSP/SharedDocs/Projekte/NSPProjekte/Klimaschutz/Prima_Klima_Hohenzollernhoefe.html (01.11.2020)

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (2019): Jahresbericht 2019. Schwerpunkte | Projekte | Kampagnen. WWW: https://www.polizei-beratung.de/fileadmin/Medien/128-HR-Jahresbericht.pdf (07.10.2020)

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (2019): Kriminalprävention im Städtebau: Eine interdisziplinäre Aufgabe. WWW: https://www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/st%c3%a4dtebau/ (10.10.2020)

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (2019): Leitlinien der kriminalpräventiven Siedlungsgestaltung beachten. WWW: https://www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/staedtebau/wohnanlagen-und-umfeld/gestaltung-der-gebaeude/ (10.10.2020)

Polizeipräsidium Rheinpfalz – Polizeidirektion Ludwigshafen (2020): Kriminalstatistik 2019, Stadtgebiet Ludwigshafen. WWW: https://www.polizei.rlp.de/fileadmin/user_upload/PP_Rheinpfalz/Dokumente/PD_Ludwigshafen/Kriminalstatistik_2019_Stadtgebiet_Ludwigshafen.pdf (12.11.2020)

Polizeipräsidium Rheinpfalz – Polizeidirektion Ludwigshafen (2020): Kriminalstatistik 2018, Stadtgebiet Ludwigshafen. WWW: https://www.polizei.rlp.de/fileadmin/user_upload/PP_Rheinpfalz/Dokumente/PD_Ludwigshafen/Kriminalitaetsstatistik_2018_Stadtgebiet_Lu.pdf (12.11.2020)

Schlüter, H. (2012): Rechtslexikon. Sozialkontrolle, informelle. WWW: http://www.rechtslexikon.net/d/sozialkontrolle-informelle/sozialkontrolle-informelle.htm (02.10.2020)

Schlüter, H. (2012): Rechtslexikon. Sozialkontrolle, formelle. WWW: http://www.rechtslexikon.net/d/sozialkontrolle-formelle/sozialkontrolle-formelle.htm (02.10.2020)

Stangl, W. (2012): Abulie. Lexikon für Psychologie und Pädagogik. WWW: https://lexikon.stangl.eu/13800/devianz/ (05.10.2020)

Weicht, Ch. (2003): Kriminalprävention durch Umweltgestaltung – Europäische Erfahrungen in Städtebau und Architektur. In: Kerner, H.-J.; Marks, E. (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag. Hannover. WWW: http://www.praeventionstag.de/content/8_praev/doku/weicht/index_8_weicht.htm (14.11.2020)

Wickert, C. (2019): Stadtsoziologie. Raum und (Un)sicherheit. WWW: https://soztheo.de/stadtsoziologie/raum-und-un-sicherheit-staedtebauliche-kriminalpraevention (27.09.2020)

Wickert, C. (2018): Kriminalitätstheorien. Soziale Desorganisation. WWW: https://soztheo.de/kriminalitaetstheorien/soziale-desorganisation/soziale-desorganisation-shaw-mckay (25.09.2020)

Interviews:

Gesell, H. (2020): Leitung Zentrale Prävention Ludwigshafen. WWW: https://www.polizei.rlp.de/de/die-polizei/dienststellen/polizeipraesidium-rheinpfalz/zentrale-praevention-ludwigshafen/ (Email 31.08.2020)

Hübner, B. (2020) Bundeskriminalamt (2020): WWW: https://www.bka.de/DE/Home/home_node.html (Email 06.11.2020)

von Focht, M. (2020): Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz. V/L Leitungsstab 3. Prävention. WWW: https://www.polizei.rlp.de/de/die-polizei/dienststellen/landeskriminalamt (Telefon 06.11.2020)